Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.
Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 230. Abendblatt. Montag, den 18. Mai 1868.

Deutschland.

Berlin, 17. Mai. Se. Maj. der König nahm am Freitag Abend mit der Großherzogin-Muttr von Mecklenburg-Schwerin und den übrigen hohen Herrschaften auch den Thee bei der Königin Wittwe im Schlosse zu Charlottenburg ein, fuhr gestern Morgen nach dem Tempelhofer Felde und wurde bei der Ankunft daselbst von dem Kronprinzen, den Prinzen Karl, Albrecht, Alexander, Adalbert, dem Prinzen August von Würtemberg 2c. empfangen. Der König ließ das 2. und 4. Garde-Regiment unter dem Kommando der Obersten Grafen Kanitz und v. Osten-Sacken mehrere Exerzitien ausführen und nahm Mittags im Palais die Vorträge des Chefs des Militär-Kabinets v. Tresckow, des Geheimen Hofrathes Borck und des Ministers der Landwirthschaft v. Selchow entgegen. Nach einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck begab sich der König nach Schloß Bellevue zum Diner, zu welchem auch die hier anwesenden Offiziere vom brandenburgischen Kürassier-Regiment (Kaiser Nikolaus I. von Rußland) Nr. 6 Einladungen erhalten hatten, und fuhr Abends nach Schloß Babelsberg. Von dort kehrt der König heute Mittags hierher zurück und fährt nach dem Dejeuner mit den Königlicheu Prinzen nach Hoppegarten zum Steeple-chase-Meeting.

— Im Königlichen Residenzschlosse zu Koblenz ist man beschäftigt, die Räumlichkeiten, welche im vorigen Jahre der Sultan bewohnte, für den Empfang einer hohen Persönlichkeit herzurichten. Man vermuthet, daß der Kaiser Napoleon im Laufe des Sommers dort eintreffen wird, um sich alsdann nach Ems zu begeben.

— Der „Weser-Ztg." wird von hier geschrieben: Die „Notiz, daß in dem Bundeshaushalt für 1869 im Extraordinarium für die Marine eine Summe von 3,500,000 Thlr. angesetzt sei, könnte zu der irrigen Annahme verführen, als seien für das nächste Jahr die aus der Anleihe beabsichtigt gewesenen Zuschüsse in den Etat aufgenommen worden. Es kann das schon deshalb nicht richtig sein, da die Gesammt-Ausgabe für die Marine im Etat für 1869 auf 5,418,000 Thlr. angesetzt ist (gegen 4,969,000 Thlr. für 1868), während die Motive zur Anleihevorlage die Gesammtsumme der jährlichen Ausgaben auf ca. 8 Millionen Thaler erhöht wissen wollten." — Uebrigens wird der „Weser-Ztg." gleichzeitig telegraphisch gemeldet, daß eine nochmalige Vorlage des Gesetzes über die Bundesschulden-Verwaltung in dieser Session nicht in Aussicht steht. Man meint vielfach, der Reichstag werde, um die für die Entwickelung und Thätigkeit der Bundesmarine aus der Ablehnung des Bundesschuldengesetzes entstandenen Nachtheile zu beseitigen, die Initiative ergreifen, um der Marineverwaltung auch für dieses Jahr die nöthigen Mittel, namentlich zu Indienststellungen, zu gewähren.

— Vor einiger Zeit brachte die „Augsb. Allg. Ztg." unter dem Titel „Diplomaten und die Diplomatie in Oesterreich" einen Artikel, welcher darlegt, daß die österreichische Diplomatie schlecht informirt zu sein pflege, und in Folge dessen die Politik der Wiener Kabinets zu Fehlern verleitet worden sei. Unterstützt wurde diese Beschuldigung durch Vorgänge der neuesten Geschichte, und der Verfasser gedachte dabei auch des Vertrages von Gastein, den er als einen „caudinischen" bezeichnete, und seines Unterhändlers, des Grafen Blome. Jetzt erscheint in derselben Zeitung (außerordentliche Beilage Nr. 129) eine Ehrenrettung des Grafen, welche sich darauf stützt, jenen Vertrag als eine „Ueberlistung Preußens darzustellen, und zwar weil Oesterreich, welches schon damals den Krieg mit Preußen „unter seine Entschlüsse aufnehmen zu müssen" sich überzeugt hatte, für den Krieg noch nicht gerüstet war. „Darum wurde — heißt es zur Rechtfertigung des Grafen Blome — dem Abgesandten, der nach Gastein ging, der Auftrag ertheilt, ein Auskunftsmittel zu finden, um dem unvorbereiteten Oesterreich den Frieden für einstweilen wenigstens noch zu erhalten. Das erste Dokument, welches Graf Blome von Gastein (wo er mit dem Grafen Bismarck unterhandelt hatte) nach Wien brachte, war ein Vertrag, der den Frieden definitiv gesichert hätte. Er wurde als zu viel gewährend verworfen. Das zweite Instrument hat dann, wie es sollte, den Frieden nur bis zum Frühjahr erhalten." — Wenn diese Aeußerung, wie es den Anschein hat, von einer Seite herrührt, welcher über die Aktion hinter den Coulissen die genaueste Kenntniß beiwohnt, dann haben wir es mit einem wichtigen Dokument zu thun, welches in die Entstehungsgeschichte des Krieges von 1866 ein klärendes Licht wirft.

— Aus Hannover schreibt man der „K. Z.": Auch die letzten Arbeiten zu den Küstenbefestigungswerken, mit denen noch 20 Mann beschäftigt waren, sind eingestellt. Für die künftige Elbbrücke zwischen Harburg und Hamburg wird eifrig vorgearbeitet; die sechs zwischen dem Grasbrook und Entenwärder zu errichtenden Pfeiler sollen, um vor Störungen durch den nächsten Eisgang geschützt zu sein, bis zum beginnenden Winter schon über die Fluthhöhe hinaus geführt werden.

— Der oberste baierische Gerichtshof hat kürzlich eine Klage gegen den Münchener „Volksboten" wegen Beleidigung der preußischen Regierung zurückgewiesen, weil in Preußen keine Gegenseitigkeit besteht. Dagegen scheint eine solche zwischen Baiern und Koburg zu bestehen, denn das genannte Blatt hat einen Prozeß wegen Beleidigung des Herzogs von Koburg.

— Der Bundesrath des Zollvereins trat gestern um 12 Uhr unter dem Vorsitz des Grafen Bismarck zusammen, verwies zwei Anträge, betreffend die Tarifirung von groben Schläuchen und die Denaturirung von Vieh- und Gewerbesalz, an die Ausschüsse und genehmigte den Handels- und Schifffahrtsvertrag mit dem Kirchenstaate.

— Das dritte Verzeichniß der beim Zollparlament eingegangenen Petitionen weist 20 Nummern nach. Darunter befinden sich wiederum 6, welche sich gegen die Erhöhung der Tabacksteuer und Bewilligung der Petroleumsteuer aussprechen; andere Petitionen bitten um Aufhebung, resp. Ermäßigung der Eisenzölle; noch andere um Aufhebung des Reiszolles. Eine Petition beantragt Einführung des Einpfennig-Tarifs für Kohlen pro Centner und Meile auf sämmtlichen deutschen Eisenbahnen. — Eine vom Abgeordneten Lesse überreichte Petition von 800 Grundbesitzern der Provinz Preußen bittet: 1) die Zölle von ausländischem Zucker durchweg auf den Satz der inländischen Zuckerrübensteuer zu ermäßigen; 2) die Zölle auf Baumwolle, Droguerie-, Apotheker- 2c. Waaren, Maschinen, Leder, Leinengarn und Leinenwaaren, Fleisch, Vieh, Wolle und Wollenwaaren und alle finanziell unerheblichen Zölle sofort ganz aufzuheben und zur Deckung des Ausfalls eine zeitweise entsprechende Erhöhung der Tabacksteuer und des Tabackzolles zu bewilligen.

— Ueber den aus Kreuz gemeldeten Eisenbahn-Unfall ist der „B. B.-Z." von zuverlässiger Seite folgende nähere Schilderung zugegangen: In der Nacht vom 15. auf den 16. Mai ereignete sich auf der Stargard-Posener Eisenbahn unweit der Station Kreuz ein Unglück, welches geeignet ist, auch weniger ängstliche Naturen mit einer gerechtfertigten Scheu vor dem Besteigen des Eisenbahnwagens zu erfüllen. Der circa 140 Achsen starke, meist aus beladenen Wagen bestehende, von Posen kommende Güterzug entgleiste in Folge des Zerspringens eines Stahl-Radreifens der Vorderachse der Lokomotive „Augustwalde" Nr. 845 der Borsig'schen Fabrik. Der abgesprungene Radreifen, von welchem fünf Stücke neben dem Bahngeleise zu finden waren, zeigte eine Stärke von 9/8 Zoll. Unter den Brüchen war ein alter Bruch zu erkennen, welcher durch den ganzen Querschnitt ging, und nur eine sehr kleine frische Bruchfläche von etwa 30 Quadratlinien zeigte. Der Radreifen, an welchem kein Fabrikzeichen aufzufinden ist, war also schon lange gebrochen. Die Entfernung von dem Punkte, wo das weggeschleuderte Reifenstück mit dem alten Bruch und ein zweites frisch abgebrochenes Stück gefunden wurden bis zu dem Punkte, wo die Lokomotive im Sande steckt, beträgt 700 Fuß. Hundert Fuß von dem Punkte, wo sich die beiden ersten Stücke von dem Rade ablösten, lag das dritte Stück, 350 Fuß weiter fand man noch 2 Stücke; noch 100 Fuß ist die Maschine auf dem Geleise verblieben. Leider sind Verluste an Menschenleben zu beklagen; der Bremser Bröse wurde von den sich übereinander schiebenden Wagen zerquetscht und hängt in diesem Augenblicke noch mit dem Kopfe nach unten zwischen den Trümmern. Drei Bremser wurden schwer verwundet, von welchen einer bereits verstorben sein soll. Der Lokomotivführer und der Heizer sind unversehrt geblieben, ebenso der Zugführer und der Packmeister, welche in dem Packwagen, dicht hinter dem Tender sich aufhielten. Für die baldige Wiederherstellung des Verkehrs, vorab eines bis morgen fahrbar werdenden Nothgeleises, bürgen die energischen Anordnungen des von Stargard herbeigeeilten Eisenbahnbau-Inspektors. Heute müssen die Passagiere bei den Unglücksstätten die Wagen verlassen und jenseits den wartenden Zug besteigen. Der die oberschlesische Eisenbahn treffende Schaden ist ein sehr beträchtlicher, und wird gewiß 40,000 Thlr. erreichen. Die gestörten Telegraphenleitungen wurden bald wieder hergestellt. Dem Berichterstatter ist in Deutschland kein Eisenbahnunfall von solchen Dimensionen bekannt geworden. Wenn man bedenkt, daß der längst zerbrochene Radreifen sich ebenso gut an dem Triebrade einer Personenzugmaschine befinden konnte, so muß man im Interesse des reisenden Publikums wünschen, daß die Kontrole der Maschinenmeister in ganz anderer Weise gehandhabt werden möchte, sonst geht das bisherige Vertrauen auf den sicheren Betrieb der deutschen Eisenbahnen verloren. Auch dürfte bei der 700′ lange Strecke, welche die beschädigte Maschine noch zurückgelegt hat, die Untersuchung am Platze sein, ob die nöthige Anzahl Bremsen und das zur Bedienung derselben erforderliche Personal vorhanden gewesen ist. Die Vermuthung liegt nahe, daß die sehr begründeten Bestimmungen über die Zahl der Bremsen bei den massenhaften Getreidetransporten und den endlosen Zügen, welche sich über die Stargard-Posener Bahn bewegen, außer Acht gelassen worden sind.

— Zoll-Parlament. 13. Sitzung. (Schluß.) Zu § 4 (jetzt § 5) hat Abg. Harnier beantragt, daß die Steuerbeträge zu Ende Juli des nach der Ernte folgenden Jahres fällig sein sollen, nicht wie in der Vorlage nach der Ernte zur Hälfte im Dezember, zur anderen Hälfte im April. — Bundeskommissar v. Scheele bittet das Amendement abzulehnen. Die Vorlage berücksichtige das Interesse des Tabaksbauers hinlänglich, da die Ernte bis zum Dezember bereits meistentheils verkauft ist. Uebrigens geht die Auffassung des Bundesrathes keineswegs dahin, die einzelnen Staaten in der Freiheit zu beschränken, auch längere Fristen zu gewähren. Das Amendement wird hierauf mit großer Majorität abgelehnt. — Den § 6 (jetzt § 7), betreffend die Remission der Steuer bei Mißwachs und anderen Unglücksfällen, beantragt Abg. Hagen den Zusatz: „Die Bestimmungen über die Höhe der zu gewährenden Steuererlasse dürfen nicht ungünstiger sein, als die dafür bisher in Preußen geltend gewesenen Vorschriften." Der Antragsteller befürwortet sein Amendement, indem er darauf hinweist, daß der Wortlaut des Gesetzes für den Tabaksproduzenten nachtheiliger ausgelegt werden könne, als die Bestimmungen des biher geltenden Reglements vom 29. Dezember 1828. Die Bestimmung über Steuer-Remissionen müsse Gegenstand des Gesetzes sein; da man jedoch bei der Vorberathung nicht in der Lage sei, alle einzelnen Fälle zu spezialisiren, so empfehle sich die Annahme des von ihm beantragten Zusatzes. — Bundeskommissar Scheele: Die Auffassung des Vorredners über die Auslegung des § 6 ist eine irrige. Derselbe ist für den Produzenten günstiger als das Reglement vom 29. Dezember 1828. Das letztere gewährt Steuererlaß nur, wenn der größte Theil der Ernte vernichtet ist, die Vorlage spricht von dem „größeren" d. h. von einem erheblichen Theile der Ernte, und es sind bereits Beschlüsse im Bundesrath gefaßt, die diesen Theil auf ein Minimum reduziren. Die Intentionen der Regierungen stimmten übrigens mit dem Amendement vollkommen überein, und dieselben haben deshalb gegen die Annahme nichts einzuwenden. — Das Amendement des Abg. Hagen wird angenommen.

§. 7 (jetzt §. 8) handelt von der Ausfuhr-Vergütung, die in der Regierungsvorlage, den Anträgen Twestens, Stumms und Runges verschieden, je nach der Höhe der Bodensteuer, normirt ist. Selbstverständlich werden die Twestenschen Vergütungssätze angenommen, da auch die Bodensteuer (§. 1) seinem Antrage gemäß beschlossen worden ist: nämlich für Roh- und Schnupftaback 15 Sgr., für entrippte Blätter und Fabrikate außer Schnupftaback 20 Sgr., welche Sätze der Bundesrath auf 20 resp. 25 Sgr. erhöhen kann. Im §. 9 (jetzt §. 10), der die Strafbestimmungen enthält, wird auf den Antrag Hagens die Ordnungsstrafe bis zum doppelten Steuerbetrage, wenn mehr als 1/20 der bebauten Fläche verschwiegen wird, durch Streichung des Alin. 2 beseitigt. Zu §. 11 (jetzt 12), der von der Verjährung handelt, beantragt Graf Luxburg: „Die gerichtliche Verfolgung wegen einer nach dem gegenwärtigen Gesetze strafbaren Handlung oder Unterlassung verjährt in zwei Jahren nach Maßgabe der allgemeinen strafgesetzlichen Bestimmungen der Partikular-Gesetzgebungen über Verjährung." Dieser Antrag wird abgelehnt, dagegen auf den Antrag v. Bernuth's, Krieger's und Fabricius statt der Worte der Volage: „Die durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschriebenen Strafen verjähren in fünf Jahren" folgende Fassung beschlossen: Zuwiderhandlungen gegen das gegenwärtige Gesetz verjähren in fünf Jahren. Zu §. 13 (jetzt 14) beantragen v. Göler und Diffené volle Vergütung des Zolles für exportirtes Fabrikat aus ausländischem Taback, motiviren den Antrag durch den Export nach der Schweiz, wo der Markt verloren ginge, wenn die Zollbehörde nicht bei 95 Prozent Vergütung für Rauch-, und 75 Prozent für Schnupftaback bliebe, ziehen ihn jedoch zurück, nachdem Geh. Rath Scheele in allerdings nicht bindender Weise einen für die Fabrikanten günstigen Vergütungsmodus zugesagt hat. Der §. 13 der Vorlage wird überhaupt gestrichen, so daß die Vergütung für Fabrikat aus ausländischem Taback durch das vorliegende Gesetz ungeregelt bleibt. Demgemäß wird §. 14 (jetzt 15) auf Runge's Antrag entsprechend redigirt. — Nach Erledigung der Tagesordnung zeigt der Präsident an, daß ihm vom Präsidium des Zollbundesraths der Schifffahrtsvertrag mit dem Kirchenstaate zugegangen ist. Das Haus beschließt darüber die Schlußberathung (Referenten Diepolder und Hinrichsen). — Nächste Sitzung: Montag 10 Uhr. (Tagesordnung: Abstimmung über das redigirte Tabackssteuergesetz, Schlußberathung über den Vertrag mit Oesterreich, Vorberathung der Aenderung des Tarifs).

Dresden, 16. Mai. Der vormalige Minister Oberländer ist gestorben. — Die erste Kammer hat den Staatsbau für die Linien Radeberg-Camenz, Plauen-Oelsnitz genehmigt. Wenn für die Linie Chemnitz-Aue-Adorf eine Privatgesellschaft bis Jahresschluß nicht die zum Bau nothwendigen Mittel nachweist, so soll auch diese Linie als Staatsbahn gebaut werden. Die einer preußischen Gesellschaft für den Bau der Linie Eilenburg-Leipzig ertheilte Konzession wurde genehmigt. — Die Majorität des Gesetzgebungs-Ausschusses hat die Aufhebung der Todesstrafe befürwortet.

Karlsruhe, 15. Mai. In Heidelberg ist der reiche Russe Herr Kanschine gestorben, derselbe, dem Heidelberg mehrmals die nächtliche Beleuchtung des Schlosses und damit einen riesigen Zusammenfluß von Fremden verdankte. Auch sonst hat er für die Annehmlichkeiten des öffentlichen Lebens in Heidelberg viel gethan. Herr Kanschine soll 30 Millionen Rubel hinterlassen. Der Verstorbene hat sich durch eigene Tüchtigkeit aus geringem Stande und drückender Armuth so weit emporgearbeitet.

Ausland.

Wien, 16. Mai. Die heute stattgehabte Generalversammlung der Aktionäre der Nationalbank hat die Vorschläge der Direktion angenommen und dieselbe zur weiteren Verhandlung mit der Regierung ermächtigt.

Wien, 16. Mai. Das Herrenhaus nahm das Gesetz in Betreff der Bedingungen und Zugeständnisse für den Bau der österreichischen Nordwestbahn unverändert in der Fassung des Abgeordnetenhauses an.

Wien, 17. Mai. Nach Mittheilung des „Tageblattes" hat der Finanzausschuß zwangsweise Schulden-Konvertirung beschlossen unter Festsetzung des Zinserträgnisses der Staatspapiere auf vier statt fünf Prozent. Die bis jetzt steuerfreien Papiere sollen diesen Vorzug auch ferner behalten. Jede sonstige Couponbesteuerung solle in Wegfall kommen. Das Subcomité berechnet die auf diesem Wege erzielten Ersparnisse auf 11,905,000 Gulden. Der Finanzminister hält an dem siebenprozentigen Abstrich fest.

Pesth, 15. Mai. „Szazadunk" erklärt, daß das stehende Heer 800,000 Mann betragen werde, wofür jährlich 100,000 Rekruten auszuheben sind, von welchen auf Ungarn 44,000 Mann entfallen. — Die Deak-Partei hat beschlossen, auf die Verbesserung des Formfehlers im Handelsvertrage mit Preußen, wo Ungarn als Mitpaciscent nicht genannt ist, zu dringen. Der Handels-Minister Gorove hat bereits den Reichskanzler Baron Beust davon verständigt.

Paris, 16. Mai. Im gesetzgebenden Körper verlangte Pouyer-Quertier am Schlusse seiner Rede gegen den Freihandelsvertrag, die Abschaffung der Befreiungsscheine für importirtes Roheisen und für die Kammer das Recht, künftighin die Tarife zu votiren. Ollivier sagte, die gegenwärtige Diskussion sei die letzte Schlacht, welche für eine Doktrin geschlagen werde, die von allen Freunden des Fortschritts aufgegeben worden. Diese Freihandelsverträge böten nicht die Ursache zu den Leiden, über die man sich beschwere, denn eine allgemeine Krise walte selbst in solchen Ländern vor, wo der Schutzzoll aufrecht erhalten sei. Diese Solidarität der Krise sei gerade ein Pfand des Friedens in der orientalischen Frage und dazu geeignet, ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen zu verhindern. Die wahre Ursache der Verlegenheiten der jetzigen Lage sei in der Furcht vor einem Kriege zu suchen, die daraus entspringe, daß die friedlichen Versicherungen durch die Thatsachen dementirt würden. Es gebe keine andere Lösung als eine Friedenspolitik, aber nur wenn begleitet von Freiheit und Entwaffnung.

— Der „Moniteur" meldet heute an der Spitze seines nichtamtlichen Theiles den gestern vom Kaiserlichen Prinzen in Begleitung seines Gouverneurs, das Generals Fossard, der polytechnischen Schule abgestatteten Besuch. Die Nachricht an sich sieht ziemlich unverfänglich aus, und dennoch war es ein gewagtes Stück, den Sohn und Erben Napoleons III. in diese Pflanzstätte republikanischer Gesinnungen und antidynastischer Tendenzen treten zu

lassen, deren jugendlichen Insassen das Erscheinen des Kindes von Frankreich sehr leicht zu einer nicht zu mißdeutenden Kundgebung Anlaß bieten konnte. Dies war es auch, was den Gouverneur der Schule, den greisen General Favé, bewog, sich anfänglich dem in Aussicht gestellten Besuche zu widersetzen, „da seine Zöglinge sich nicht zu einer Napoleonischen Demonstration hergeben würden und sie überdies die Schule besuchten, um zu lernen, nicht aber, um Politik zu treiben." General Frossard indeß, dem es keineswegs um lärmende Ergebenheitsbezeigungen, sondern vielmehr um den Eindruck zu thun war, den auf seinen Zögling der Einblick in die Erziehung von Altersgenossen und in die Einrichtungen des berühmten Institutes, dem er selbst vormals als Schüler und Lehrer angehört, hervorbringen mußte, entgegnete auf obige Bedenken, „er wolle sich schon einen freundlichen Empfang sichern und sei im Uebrigen durchaus kein Freund begeisterter Zurufe 2c., die er weit mehr zu vermeiden als hervorzurufen suche." Auf diese Weise wußte er das Widerstreben Favé's zu besiegen, und als er gestern, den Prinzen an der Hand, vor den im Hofe militärisch aufgestellten Eleven erschien, redete er sie an: „Meine Freunde, Einer Eurer „Alten" kommt, um seinem Zöglinge die Eigenthümlichkeiten der Schule zu zeigen, in der er selbst groß geworden. Ich bin überzeugt, "daß Ihr ihm den freundlichen Empfang nicht vorenthalten werdet, denn Ihr seiner Vergangenheit schuldet!" Und in der That, der General hatte den richtigen Takt getroffen, der in den Herzen dieser Jugend entsprechenden Wiederhall fand, und wenn der „Moniteur" auch nicht heute von großartigen Beweisen der Zuneigung und Anhänglichkeit zu sprechen hat, mit denen man den Kaiserlichen Prinzen aufgenommen, so wurde doch andererseits so viel erreicht, daß jede feindselige Kundgebung, die unter anderen Verhältnissen sich schwer hätte vermeiden lassen, von Seiten der Polytechniker durchaus unterblieben ist. Das Kind von Frankreich aber hat dadurch lernen sollen, auch Leuten frei in's Antlitz zu sehen, von denen es weiß, daß es nicht die allerfreundlichsten Gefühle sind, die sie in Bezug auf seine Zukunft beseelen.

— Wie man in den diplomatischen Kreisen erzählt, sagte Graf v. d. Goltz auf dem Balle zum Besten der internationalen Gesellschaften für die Verwundeten zum französischen Minister des Aeußern: „La tête est superbe, mais n'en faudrait-il pas changer le but, puisqu'il est convenu que nons ne devons pas nous battre?"

— Nach der „Presse" kommt der österreichische General Gondrecourt in einer vertraulichen Mission nach Paris. — Wie die „Patrie" mittheilt, hat die französische **Münzkommission** beschlossen, die silbernen Fünffrankenthaler nicht zu unterdrücken. Sie werden nur ihren jetzigen legalen Werth verlieren, d. h. nicht mehr so gutes Silber enthalten, wie früher, um ihre Ausfuhr nach dem Auslande zu verhindern.

— Gestern statteten der Kaiser und die Kaiserin dem Schlosse von St. Germain, das bekanntlich jetzt ein Museum ist, einen Besuch ab. Ihr plötzliches Verschwinden hat die ganze Polizei in Aufruhr versetzt, bis man erfuhr, daß sie sich in einem Wagen ohne Wappen und ohne Gefolge nach dem Bahnhofe der Rue St. Lazare begeben, dort von einem Bedienten ihre Billets hatten nehmen lassen und nach St. Germain abgefahren seien. Der Kaiser und die Kaiserin wurden erkannt und deshalb auch, als sie von St. Germain um 7 Uhr zurückkamen, von dem Bahndirektor empfangen, der sie nach ihrem Wagen zurückbegleitete. Eine Unzahl geheimer Polizei-Agenten war inzwischen ebenfalls hereingekommen; Ihre Majestäten glaubten sich selbstverständlich aber ganz unbewacht.

Paris, 16. Mai. Fürst **Metternich** wird heute Abend in Paris zurückerwartet.

— Die „Patrie" bezeichnet den russischer Seits erfolgten Verzicht auf die zu Gunsten der in **Serbien** lebenden russischen Unterthanen bestehenden Vertragsrechte als einen weiteren Schritt zur Entwickelung einer panslavistischen Politik. — Der „Etendard" meldet, das vom französischen Konsul in Tunis dem regierenden Bey überreichte Ultimatum greife auf den Tag zurück, an welchem die Nichterfüllung der eingegangenen Verbindlichkeiten begann. Es sind keine neuen Zwischenfälle zu melden.

London, 17. Mai. Der „Observer" glaubt, daß das Unterhaus den Antrag Armstrongs auf ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium gar nicht in Berathung ziehen werde. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Armstrong bewogen werden, seinen Antrag zurückzuziehen.

— Der Antrag Armstrongs auf Abgabe eines **Mißtrauensvotums** gegen das Ministerium, welcher anstatt am nächsten Feiertage, erst am darauffolgenden Montage im Unterhause eingebracht werden soll, wird allgemein für unwichtig gehalten, weil er nur Handlung eines Individuums sei und sich im Widerspruch mit der Politik der liberalen Partei befinde.

Lissabon, 16. Mai. Aus **Rio de Jareiro** sind Nachrichten bis zum 24. April eingetroffen. Das Bombardement von Humaita wurde fortgesetzt; man erwartet täglich die Uebergabe.

Konstantinopel, 16. Mai. Die **ottomanische Bank** hat den offiziellen Ausweis über die für die Regierung ausgeführten Transaktionen veröffentlicht. Darnach hat die Bank vom 13. März bis zum 12. d. M. auf Rechnung der halbjährigen Verwaltungsperiode der „allgemeinen Schuld" und „auswärtigen Anleihen" 432,000 L. einkassirt. Unter derselben Rubrik werden bis 12. Juli weitere 339,000 L. eingehen. Die „Société-Generale" hat soeben eine Netto-Dividende von 17 Prozent für das Geschäftsjahr 1867 erklärt.

Bukarest, 16. Mai. Die Zusammensetzung des **neuen Kabinets** ist noch nicht veröffentlicht. Im Senate hat Jonesko, der die Regierung heftig angriff, die Vorlegung der die Juden-Angelegenheiten betreffenden diplomatischen Korrespondenz beantragt. Der Senat nahm diesen Antrag mit großer Majorität an. — Einer Mittheilung des Journals „Terra" zufolge ist die Nationalgarde zu Bakeu mit einem großen Aufwande militärischer Kräfte entwaffnet worden.

Petersburg, 10. Mai. Eine militärische Feier seltener Art hat an dem Tage, an welchem das Geburtsfest des Kaisers begangen wurde, in **Kasan** stattgefunden. Dem „R. J." wird darüber Folgendes geschrieben:

Am 15. (27.) Februar 1814 führte der jetzige **König von Preußen** in dem Gefecht von Bar sur Aube eine glänzende Bajonnetattake mit zwei Bataillonen des Regiments Kaluga aus. Vier Jahre später wurde der preußische Prinz zum Chef dieses Regiments ernannt. Am 6. Februar war der 50. Jahrestag dieser Ernennung, und eine nach Berlin entsendete Deputation überbrachte an diesem Tage Seiner Majestät die Glückwünsche des Regiments. Um das Andenken an diesen Jahrestag zu erhalten, hat Seine Majestät den drei Bataillonen des Regiments Fahnenbänder verliehen und den Wunsch ausgedrückt, daß dieselben am Geburtstage Sr. Maj. des Kaisers befestigt würden. Diese Fahnenbänder vereinigen die drei Farben des Regiments Kaluga: Dunkelgrün, Roth und Blau, und sind mit einer reichen Goldstickerei bedeckt, welche der Stickerei auf den Uniformen der preußischen und russischen Generale ähnlich ist. Am 17. (29.) April um 9 Uhr Morgens war das Regiment im Paradeanzuge auf dem großen Platze aufmarschirt; Generaladjutant Glinka-Mawrin, Oberbefehlshaber der Truppen des Militärbezirks, überreichte hier feierlich die Fahnenbänder, und Oberst Werner verlas folgendes Kgl. Reskript:

„An den Kommandeur meines Kaiserlich russischen Infanterie-Regiments Kaluga (Nr. 5), Obersten Werner. Zur Erinnerung daran, daß ich seit sehr langer Zeit — über 50 Jahre — Chef des Kaiserlich russischen Infanterieregiments (Kaluga (Nr. 5) bin, verleihe ich den drei Bataillonen desselben Fahnenbänder. Indem ich Ihnen diese Bänder übersende, begleite ich sie mit den besten Wünschen für die fernere Blüthe des Waffenruhms im Regiment und ich würde mich freuen, wenn diese Bänder am Geburtstage Sr. Maj. des Kaisers, Ihres erhabenen Herrn, befestigt würden. Gegeben zu Berlin, 11. April (31. März) 1868. **Wilhelm.**"

Der Ruf des Oberbefehlshabers der Truppen: „Es lebe Se. Maj. der König Wilhelm!" war das Signal zu einem einstimmigen Hurrahrufe in den Reihen des Regiments, während dessen die Musik die preußische Nationalhymne spielte. Nach Beendigung der kirchlichen und militärischen Festlichkeiten gab der Generaladjutant Glinka-Mawrin Sr. Eminenz dem Erzbischof, dem Gouvernementschef, vielen anderen Civilpersonen und den Offizieren des Regiments Kaluga ein Frühstück. Die Unteroffiziere und Soldaten des genannten Regiments erhielten vom Oberkommandirenden der Truppen ein Glas Branntwein und ½ Pfd. Fleisch und alle in Kasan garnisonirenden Truppen vom Kasaner Stadthaupte noch Branntwein und Weißbrot. Das Regiment erhielt darauf eine kurze Ruhe, während deren sich die anderen Truppen sammelten, welche an der Festparade Theil nehmen sollten. Zugleich wurden vom Oberbefehlshaber zwei Telegramme entsendet: das eine, in französischer Sprache abgefaßt, war an Se. Maj. den König von Preußen gerichtet und lautete: „Ich habe das Reskript Eurer Maj. die und Fahnenbänder dem Regiment Kaluga übergeben, welches dieselben mit Entzücken und Dankbarkeit empfangen hat;" das andere an den Kriegsminister war folgenden Inhalts: „Ich bitte Eure Excellenz, Sr. Maj. dem Kaiser die unterthänigsten Glückwünsche der Kasaner Garnison zu unterbreiten. Das Reskript und die Fahnenbänder, welche der König von Preußen deren Regiment übersandt hat, sind übergeben worden. Das Regiment hat sie mit Entzücken empfangen. Wir setzen die Feier fort." Der Klang der Glocken der Kathedrale verkündete den Anfang des Gottesdienstes und die Fahnen der Regimenter Kaluga und Libau des lokalen Gouvernements-Bataillons wurden in die Kathedrale getragen. Nach dem Gottesdienste fand die Parade statt, an welcher alle Truppen der Garnison Theil nahmen.

Warschau, 12. Mai. Da in Folge der Verwaltungsreformen im Königreiche die Landeseinnahmen die **Ausgaben** bei Weitem nicht decken, so sah sich die Regierung schon vor zwei Jahren gezwungen, die früheren städtischen Einkünfte, wie u. A. die Getränkesteuer, für den Fiskus in Anspruch zu nehmen. Die Städte lebten seitdem von ihrem in der Bank von Polen niedergelegten Vermögen, welches zusammen über 6 Millionen Rubel betrug. Die Summe ist nun total verzehrt und die dringendsten Bedürfnisse der Städte können keine Befriedigung mehr finden. Es laufen bei den Gubernial-Regierungen vielfach Berichte von dem Verfall städtischer Bauten und ganz besonders von dem Verderb der Feuerspritzen 2c. mit der Aufforderung ein, daß diese Behörden dem steuern möchten. Um dem Uebel abzuhelfen, ist nun das Regulirungs-Comité in diesem Augenblicke mit der Ausarbeitung von Plänen für neue städtische Steuern beschäftigt. Aber auch auf neue Revenüen für den Fiskus ist das Regulirungscomité bedacht. So hat es verordnet, daß vom nächsten Jahre an jeder Einwohner im Königreiche von 12 Jahren und darüber, ohne Unterschied des Geschlechts, ein Legitimationsbuch von der Regierung erhält, welches 5 Sgr. kosten wird. Da nun die Regierung den Lieferanten dieser Bücher nur 1⅔ Sgr. pro Stück zahlt, so bleibt für 5,000,000 Bücher dem Fiskus noch eine Revenüe von 500,000 Silberrubel. Die Bücher sind in fünf Farben getheilt: für Würdenträger und hohen Adel, für Geistliche, für Militärpflichtige, für politisch Anrüchige und für die Masse des Volkes. Ohne ein solches Buch wird kein Einwohner seinen Wohnort verlassen dürfen.

Newyork, 16. Mai. Die **Freisprechung des Präsidenten Johnson** ist aus dem Grunde erfolgt, weil die gesetzliche nothwendige Majorität von zwei Dritteln für die Verurtheilung nicht vorhanden war.

Washington, 16. Mai. Der Senatsgerichtshof hat mit 35 Ja gegen 19 Nein abgelehnt, **Johnson** wegen des eilften Anklageartikels zu verurtheilen, welcher zuerst zur Abstimmung gebracht wurde. Ohne über die übrigen Anklageartikel zur Abstimmung zu schreiten, vertagte sich der Senatsgerichtshof bis zum 26. d. M. Der eilfte Anklageartikel beschuldigt den Präsidenten Johnson, die Vollmacht des Kongresses dadurch bestritten zu haben, daß er den Versuch gemacht, Stanton an dem Wiederantritt des Amtes als Kriegsminister zu verhindern und die Ausführung der Rekonstruktionsakte zu hintertreiben.

Pommern.

Stettin, 18. Mai. Die Summe, mit welcher die städtische Feuer-Societät bei dem Brande in der Oberwiek betheiligt ist, beträgt 55,750 Thlr. — Der „Berliner Börsen-Zeitung" wird aus Magdeburg telegraphirt: „Die Betheiligung der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft beim Brand in Stettin reduzirt sich derart, daß ihr für eigene Rechnung ein Risiko von 40,487 Thalern verblieben ist.

— Der Gerichts-Assessor **Kummert** bei dem Kreisgericht in Cöslin ist mit der Funktion als Gerichts-Kommissarius in Zanow zum Kreisrichter ernannt worden.

— Zum Besten der **Kinderherberge** wird morgen Abend um 7½ Uhr in der erleuchteten St. Johanniskirche unter Leitung des Organisten Herrn A. **Todt** und Mitwirkung des Violoncellisten Herrn Fr. **Krabbe** sowie der **Orlin'schen** Kapelle, eine geistliche Musikaufführung stattfinden, auf die wir in Rücksicht auf den milden Zweck und das bei einem höchst mäßigen Eintrittspreise wirklich reichhaltige Programm besonders aufmerksam machen.

— Vorgestern nahm der Polizeiobservat, Privatschreiber Karl **Schmidt**, die Gelegenheit wahr, von einer gedeckten Tafel in der Wohnung der Frau v. K. (gr. Domstraße Nr. 18) 3 silberne Eßlöffel und 3 Paar silberne Messer und Gabeln, sowie den im Schloß der Stubenthüre steckenden Schlüssel zu stehlen. Er sollte sich der Früchte dieses Diebstahls indessen nicht erfreuen, denn gestern früh wurde er bei dem Versuche, die Löffel, nachdem er den Namen aus denselben beseitigt, zu verkaufen, angehalten und verhaftet. — Der Kommis L., Schulzenstr. 13—14, hatte einem unbekannten Frauenzimmer nächtliches Unterkommen gewährt. Als er am nächsten Morgen erwachte, war das Frauenzimmer aus der Wohnung verschwunden, hatte aber aus Dankbarkeit für das Unterkommen eine Rolle mit 30 Thlr., die L. in der Tasche eines Kleidungsstückes aufbewahrte, mitgenommen.

— Dem Inhaber eines öffentlichen Lokales auf der Unterwiek wurden vorgestern von einem Arbeiter aus Rache mittelst einer Wagenrunge verschiedene Thüren und Fenster eingeschlagen. Es erfolgte die Verhaftung des Exzedenten.

— Der Arbeiter Aug. Pätz hat sich der Unterschlagung von 5 Thlr. 25 Sgr. schuldig gemacht, welcher Betrag ihm von dem Fuhrherrn Kummerow zu Charlottenthal zum Ankauf von Erbsen für ihn, übergeben war.

Anclam, 16. Mai. Die „Anclamer Ztg." schreibt: Der Militärfiskus will eine neue Kriegsschule für die Provinzen Preußen und Pommern gründen. Es war beabsichtigt, diese in Stolp zu errichten, doch hat man im Kriegsministerium sich geneigt gezeigt, auch Anclam hierbei berücksichtigen zu wollen. Es soll die Stadt jedoch alle Baulichkeiten dieser Anstalt, welche auf 80 bis 100 Schüler, 1 Direktor, 8—12 Offizieren (Lehrer), dem Dienst-Personal — (Oekonomen, Burschen, Schneider-, Schuhmacher- 2c. -Kommissionen) — bemessen ist, nebst Turnhalle und Reitschule, aus städtischen Mitteln liefern. Der Militärfiskus will hierfür eine Miethe von jährlich 4000 Thlrn. bezahlen. 4000 Thlr. zu 5 pCt. repräsentiren ein Kapital von 80,000 Thlr. Der Bau wird jedoch voraussichtlich unter 120,000 Thlr. schwerlich zu ermöglichen sein. Am Montage wird die Angelegenheit in der Stadtverordneten-Versammlung verhandelt werden.

Vermischtes.

— Am Georgstage herrscht in Bukarest ein sonderbarer Gebrauch. Vor den Schenken niederen Ranges befinden sich unter improvisirten Bäumen Waagen in ursprünglichster Form aufgehängt, auf denen der Wirth seine Stammgäste abwägt. Derjenige, welcher während des Jahres an Körperfülle und somit auch an Gewicht zugenommen hat, erhält zur Belohnung die Zeche an diesem Tage frei, welche die im Laufe des Jahres Abgemagerten zur Strafe (!) bezahlen müssen. Eine recht gesunde Idee!!

Börsen-Berichte.

Stettin, 18. Mai. Witterung: leicht bewölkt. Temperatur + 17 ° R. Wind: NO.

Weizen Anfangs niedrig, Schluß etwas fester, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 89—97 Rt. bez., bunter 88–94 Rt., ungarischer 84 bis 91 Rt., ordin. 79–82 Rt., weißer 95–102 Rt., per 83—85pfd. Mai-Juni 90¾, 92, 91 Rt. bez., 91½ Br., Juni-Juli 88 Rt. Br., Sept.-Okt. 77 Rt. bez. u. Br.

Roggen weichend bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 57—62 Rt., feiner 80–81pfd. 63—65 Rt., per Mai-Juni 59¼, 58½ Rt. bez., Juni-Juli 58½, 57¾ Rt. bez. u. Gd., Juli-August 55¾ Rt. bez., Septbr.-Oktober 54 Rt. Br., 53 Gd.

Gerste matt, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische u. ungarische 47—49 Rt.

Hafer matter, per 1300 Pfd. loco 34½, 35 Rt. bez., pr. 47—50pfd. pr. Mai-Juni 35½ Rt. bez. u. Gd., Sonnabend noch 36 Rt. bez.

Erbsen loco Futter- 60—65 Rt., bessere 65½ Rt. bez., Koch- 67 Rt.

Rappkuchen hiesige 1 Rt. 26 Sgr.

Rüböl stille, loco $10\frac{1}{12}$ Rt. Br., pr. Mai u. Mai-Juni 9⅞ Rt. bez., Juni-Juli 10 Rt. Br., September-Oktober $10\frac{1}{12}$ Rt. Br., 10 Gd., Oktober-November 10⅙ Rt. bez. u. Br.

Spiritus niedriger, loco ohne Faß 18⅔, ½ Rt. bez., Mai-Juni u. Juni-Juli 18⅓, ¼, $\frac{5}{24}$ Rt. bez., ¼ Br., ⅛ Gd., Juli-August 18½, $\frac{5}{12}$ Rt. bez., ½ Br., Aug.-Sept. 18¾ Rt. Br., Septbr.-Oktober 18 Rt. Br. u. Gd.

Angemeldet: 150 Wspl. Roggen.

Regulirungs-Preise: Weizen 91, Roggen 59, Hafer 35, Rüböl 9⅞, Spiritus 18¼.

Berlin, 18. Mai, 2 Uhr 10 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84⅛ bez. Staats-Anleihe 4½ % 95½ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 93¾ bez. Oesterr. National-Anleihe 54½ bez. Pomm. Pfandbriefe 85⅚ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186½ bez. Amerikaner 76¾ bez.

Weizen pr. Mai 83 Br., 82⅙ bez., Roggen pr. Mai 58¼, 57½ bez., Mai-Juni 58, 57½ bez., Juni-Juli 57½, 56¾ bez., Rüböl loco 10 Br., Mai-Juni $9\frac{23}{24}$, ⅚ bez., Sept.-Oktober 10 bez., Spiritus loco 17⅞ bez., Mai-Juni 17½, ⅔ bez., Juni-Juli 17½, ¾ bez., Juli-August $16\frac{19}{24}$, 18 bez.

Stettin, den 18 Mai

Hamburg ...	6 Tag.	151⅜ bz	St. Börsenhaus-O.	4	—
„ ...	2 Mt.	150⅞ bz	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143⅝ B	Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10Tag.	6 24¾ bz	Pr. National-V.-A.	4	730 B
„	3 Mt.	6 23¾ B	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	$81\frac{5}{12}$ bz	Pomerania	4	—
„	2 Mt.	$81\frac{1}{12}$ B	Union	4	106 G
Bremen ...	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A. ...	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied. ..	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3½	76 B	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ „	4	86 B	Neue Dampfer-C. ..	4	—
„ Rentenb.	4	—	Germania		100½ B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan		125 G
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle ..	4	108 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges. ..	5	—
St. Stadt-O.	4½	92¾ G			—